

ON BORDERS AND BOUNDARIES

Am 29. April 2022 veranstalteten der Lehrstuhl für Ost- und Südosteuropäische Geschichte der LMU München, das Institut für Internationale Studien der Karls-Universität Prag, die Münchner Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropäische Geschichte sowie die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (Junge DGO Regionalgruppe München und Zweigstelle München) eine deutsch-tschechische Konferenz für Nachwuchswissenschaftler:innen. Auf vier Panels stellten die elf Beitragenden Einblicke in ihre Forschung zur Diskussion. Vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine war das Konferenzthema „Grenze“ von unerwarteter Aktualität, was sich auch in den Diskussionen widerspiegelte. Im Anschluss an die Präsentationen nahmen erfahrene Paneldiskutant:innen eine Einschätzung der im Vorfeld eingereichten Paper vor. Tagungsort war die LMU München, wo die Veranstaltung im hybriden Format durchgeführt wurde. Die Teilnehmenden der interdisziplinären Tagung waren Masterstudierende und Promovierende der Geschichts-, Politik- und Kulturwissenschaften; hauptverantwortlich für die Konzeption und Organisation war Matthias Melcher (München).

In seinem Eröffnungsvortrag „Open Borders and their Consequences: European Free Movement and its Discontents“ erörterte Migrationshistoriker Jannis Panagiotidis (Wien) die Frage, wie kulturelle Vorurteile gegenüber den osteuropäischen Ländern die Migrationspolitik der Europäischen Union bestimmten und bestimmen. Dabei konzentrierte sich Panagiotidis auf die Zeit nach 1990, zeigte historische Verbindungslinien und Brüche auf und stellte immer wieder Bezüge zur gegenwärtigen Migration aus dem östlichen Europa her. In der Diskussion ging es vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine insbesondere um die Frage, unter welchen Bedingungen eine Gesellschaft bereit ist, humanitäre Hilfe zu leisten.

Im ersten Panel „Persistent Borders? Physical and Imagined Boundaries“ widmete sich Jana Lipská (Prag) am Beispiel des westlichen Balkans dem Zusammenhang zwischen Grenzkonflikten und EU-Beitritt. Unter der Leitfrage „How Borders are still important in the ‘Schengenized’ EU“ erörterte sie die Gründe für die 2018 eingeführte EU-Aufnahmebedingung, die die Bereinigung sämtlicher Grenzkonflikte und die klare Festlegung der Staatsgrenzen vorsieht. In ihrer Prämisse ging sie davon aus, dass die klare Festschreibung von Grenzen in einem Staatenverbund wie der EU in der Praxis beinahe obsolet scheine. Weshalb die Regelung als notwendig angesehen wurde, erläuterte Lipská in ihrem Beitrag, der in seiner Thematik ebenfalls hochaktuell war.

Miriam Pfordte (Leipzig) diskutierte Raumvorstellungen während des Kalten Krieges. Sie wählte für ihren Beitrag den Zugang des Philosophen Huub Dijkstra, der Grenzen als Infrastrukturen konzeptualisiert. Obwohl sich Grenzen an der Peripherie eines Staatsgebiets befänden, stünden sie im Mittelpunkt politischer, sozialer und kultureller Aushandlungsprozesse. Sie beeinflussten die Mobilität von Menschen, Waren und kulturellen Gütern. Zudem griff Pfordte das Konzept der „Mental Maps“ auf, um zu erklären, wie Grenzen unsere Vorstellungswelt prägen. In dieser Betrachtungsweise ließe sich laut Pfordte die materielle und imaginierte Dimension von Grenze leichter zusammendenken. Für ihre Untersuchung der

deutsch-deutschen Grenze zog sie unter anderem Augenzeugenberichte von Bewohner:innen des ehemaligen Sperrgebiets heran und erarbeitete eine Überblicksdarstellung zu den kulturellen, psychologischen und ökologischen Folgen der innerdeutschen Grenzziehung. Auch das Thema Erinnerungskultur bezog sie mit ein: Es bleibe abzuwarten, welchen Einfluss Initiativen wie das „Grüne Band Europa“ auf den realen und imaginierten Raum des ehemaligen Grenzgebiets ausübten.

Im letzten Beitrag des ersten Panels präsentierten Matěj Moravanský und Jan Černín (beide Prag) einen Beitrag zur Imagination des Westens bei den politischen Parteien Tschechiens. Für ihre Analyse nutzten sie verschiedene Quellentypen (Social Media-Posts, Parteiprogramme wie Interviewbeiträge) und kamen zu dem Schluss, dass „der Westen“ im politischen Diskurs zu einem „leeren Signifikanten“ geworden sei. Nach dem Politiktheoretiker Ernesto Laclau ist dies ein hegemonialer Begriff innerhalb des Diskurses, der verschiedene, antagonistische Repräsentationen in sich vereint.¹ So transportiere der Begriff „Westen“ sowohl negative wie positive Vorstellungen: Einerseits sei die Rede von einer angeblichen Verfälschung der „westlichen“ Ideen. Die empfundene wachsende Ablehnung christlich-traditioneller Werte und die Einflussnahme bestimmter, als schädlich empfundener Ideologien würden als Dämonen eines korrumpierten, „falschen Westens“ aufgefasst. Andererseits vermittele der Begriff mit der Vorstellung von einem ursprünglichen, „wahren“ Westen auch ein idealisiertes Bild westlicher Zivilisation. Aus diesen antagonistischen Imaginationen resultierten, so die Beitragenden, zwei konträre Strategien politischer Parteien: Imitation und Rebellion. Die Analyse bot eine fruchtbare Grundlage für weitergehende Forschung in einer Phase zunehmender Polemisierung im politischen Diskurs. Das erste Panel kommentierte der Medienhistoriker Václav Šmidrkal (Prag).

Im zweiten Panel „Crossing the Iron Curtain“ stellten die Beitragenden Fallbeispiele von Grenzüberschreitungen in den Fokus. Im ersten Vortrag referierte Lena Senoner (Potsdam) über die Aktivitäten der „Außenhandelsbetriebe“ der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) am Beispiel von „Carl Zeiss“ in Großbritannien. Senoner zeigte dabei in einer konzisen und erhellenden Darstellung anhand der zu Beginn der 1960er Jahre ins Leben gerufenen „Gemischten Gesellschaften“, wie sich die Führung der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschland) aufgrund des Konkurrenzdrucks auf den Weltmärkten zu einer Anpassung ihrer Handelsaktivitäten an das kapitalistische Wirtschaftssystem genötigt sah. Die „Gemischten Gesellschaften“ waren Aktienunternehmen im „kapitalistischen Ausland“, deren Eigentümer DDR-Bürger ebenso wie Ausländer waren. Mit „Gemischten Gesellschaften“ verfolgte die DDR-Führung das Ziel, den DDR-Firmen im Ausland größere Handlungsfreiheit und Flexibilität zu gewähren. Firmenkredite im Ausland wurden durch die Staatsbank der DDR abgesichert. Trotz des wirtschaftlichen Erfolgs hatten politische und planwirtschaftliche Fragen für die Betriebsführung

¹ Laclau, Ernesto: Ideologie und Post-Marxismus. In: *Nonhoff*, Martin (Hg.): Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Bielefeld 2007, 25-39, hier 30.

dieser Betriebe Vorrang – wohl auch, da sie *de facto* der Kontrolle der SED-Führung unterstanden.

Ladislav Beneš (Prag) referierte in seinem Vortrag „A Crack in the Iron Curtain. Friedhelm Borggreve’s Role in the Central European Protestant Churches“ über den protestantischen Pfarrer Friedhelm Borggreve und seine Arbeit in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Beneš zeigte auf, wie kulturelle und soziale Beziehungen auch über die in den Geisteswissenschaften noch lange als unüberwindbar beschriebenen Blockgrenzen fortgesetzt wurden. Dabei bezog er sich auf Erkenntnisse der „New Cold War History“. Um das Hindernis der Grenze zu überwinden, so die Theorie, mussten für die Akteur:innen bestimmte Bedingungen vorliegen. Vor allem für vor 1945 gegründete internationale Verbände und Organisationen boten sich demnach Möglichkeiten zur blockübergreifende Zusammenarbeit. Dies sei auch der Fall in der Zusammenarbeit zwischen der EKD und der Evangelischen Kirche der Böhmisches Brüder (EKBB) in der Tschechoslowakei gewesen. Friedhelm Borggreve, dessen Familie 1945 aus Schlesien nach Düsseldorf floh, engagierte sich beim Gustav-Adolf-Werk, einer Organisation der EKD, die vor allem für die Finanzierung von Kirchenbauprojekten und Bildungsvorhaben zuständig war. Beneš schilderte die Zusammenarbeit beider Kirchenverbände anhand des Erwerbs von Autos durch das Gustav-Adolf-Werk für evangelische Gemeinden in der Tschechoslowakei und in Polen. Jährlich flossen auf diese Weise Gelder in Höhe von 30.000 bis 50.000 D-Mark an die EKBB und weitere evangelische Kirchen jenseits des Eisernen Vorhangs. Die transnationale ökumenische Zusammenarbeit hielt bis heute an, wie Beneš abschließend bemerkte. Jedoch hätten sich die Verhältnisse gewandelt: Die EKBB habe im Zuge der Flutkatastrophe von 2021 Spendengelder für den Wiederaufbau der zerstörten Gemeinden im Ahrtal gesammelt.

Jakob Marcks (Prag) schloss thematisch mit seinem Vortrag „‘The local people do not favour residing in apartments’. East Germany’s HABITAT seminars on housing and the Global South“ an und erweiterte den Rahmen seiner Untersuchung der internationalen Zusammenarbeit noch: Über das unkonventionelle Thema Städteplanung näherte er sich der Zusammenarbeit zwischen dem Globalem Norden und dem Globalen Süden während des Kalten Krieges. Das Programm der Vereinten Nationen für menschliche Siedlungen HABITAT und die Dessauer Bauakademie hielten zwischen 1987 und 1989 in der DDR Seminare für Expert:innen aus Ländern des Globalen Südens ab. Konkret wurden diese Seminare über konvertierbare Währungen finanziert und von der Bauakademie organisiert und durchgeführt. Den Teilnehmenden wurde auf der einen Seite technisches Wissen vermittelt, andererseits galt es, die Erfolge der Wohnungspolitik der DDR zu bewerben. Von der Zusammenarbeit mit HABITAT und den Ländern des Globalen Südens versprach sich die SED-Führung Geschäftskontakte und Kund:innen sowie Einnahmen in konvertierbaren Währungen. Darina Volf (München) kommentierte das zweite Panel.

Das dritte Panel „Physical Border Crossings“, im Anschluss diskutiert von Adrian Brisku (Prag), richtete den Fokus auf die Materialität von Grenzen. Den Auftakt bildete der Vortrag von Shreya Sharma (Prag) „Women in Borderlands: Case Study of Machsom Watch in Israel“. Sie hatte einige Mitarbeiterinnen der humanitären Hilfs-

organisation „Machsom Watch“ 2021 bei ihrer täglichen Arbeit im Westjordanland begleitet und Interviews geführt. Weitere Quellen der ethnografischen Studie bildeten Resolutionen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen zur Intervention in Krisengebieten wie Jemen, Südsudan oder Syrien in den Jahren 2011 bis 2012. Sharma griff den UN-Grundsatz „responsibility to protect“ heraus und nahm ihn unter Hinzuziehung der feministischen „Security Studies“ zum Ausgangspunkt, die Rolle von Frauen in der Gewaltprävention näher zu beleuchten. „Machsom Watch“ sei eines der wenigen Beispiele für weibliche Beteiligung am „responsibility to protect“-Grundsatz, konstatierte Sharma. Alle Mitglieder der Organisation seien Jüdinnen im Rentenalter, wobei sie für die Soldaten des israelischen Grenzschutzes sowohl Autorität als auch Harmlosigkeit ausstrahlten. Durch ihre Präsenz an Grenzübergängen im Westjordanland und ihre täglichen Berichte leisteten die Frauen einen wichtigen Beitrag, um Übergriffe und Erniedrigungen von Palästinensern egal welchen Geschlechts durch die israelischen Grenzsoldaten zu verhindern. Dabei identifizierte Sharma verschiedene Rollen, die Frauen in ihrer ehrenamtlichen Arbeit an der Grenze einnahmen: Sie agierten als Vermittlerinnen, Zeuginnen und Aktivistinnen zugleich.

Im Anschluss präsentierte Dimitrios Mitsopoulos (Berlin) seinen Beitrag „Contraband trade during the Balkan wars and the transition to nation-state“, in dem er die Auswirkungen des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches auf dem Balkan für lokale Bevölkerungsgruppen und ihre Handelsgeschäfte beleuchtete. Mitsopoulos argumentierte, dass Warenschmuggel, besonders von Waffen, während des Ersten Balkankrieges (1912-1913) von den einen Nationalstaat anstrebenden Kräften als Mittel im Unabhängigkeitskampf gegen die Besatzer eingesetzt wurde. Später sei Warenschmuggel eine Reaktion regionaler Eliten und Minderheiten auf die Verschiebung der Staatsgrenzen und die Versuche einer Zentralisierung der Staatsmacht gewesen. Insbesondere nichtchristliche Minderheiten in der multireligiösen und multikulturellen Stadt Thessaloniki sperrten sich gegen eine Hellenisierung von Bürokratie und Handel unter dem neugegründeten griechischen Nationalstaat und nutzten die Situation fluider und umkämpfter Grenzziehungen auf dem Balkan für ihre illegalen Handelsaktivitäten, so Mitsopoulos Analyse.

Das letzte Panel mit dem Titel „Social Border Crossings“ wartete mit zwei Beiträgen zur Geschichte der Frühen Neuzeit auf. Niklas Platzer (München) schilderte in seinem Vortrag „Crossing borders, breaking boundaries – The case of the Emperor Joseph II.“ die Reiseaktivitäten des Kaisers Joseph II. von Österreich im ausgehenden 18. Jahrhundert. Der Habsburger, welcher gemeinhin als Musterbeispiel eines aufgeklärten Monarchen gilt, maß dem Bereisen seines Herrschaftsgebiets große Bedeutung für eine erfolgreiche Ausübung seines Amtes zu. Zahlreiche Mythen rankten sich schon zu Lebzeiten um seine Inkognito-Ausflüge in die Lebenswelt der einfachen Leute. Platzer argumentierte, dass die Reisen Josephs II. nicht nur einem staatsmännischen Nutzen dienten, sondern auch einem sozialphilosophischen Bewusstsein entsprangen. Dabei habe der Kaiser nicht selten gesellschaftliche Grenzen der Etikette und der sozialen Hierarchie überschritten, beispielsweise bei seinen Besuchen in Spitälern und Gefängnissen. Zahlreiche Reformen Josephs II. wie die Abschaffung der Folter 1776 und der Leibeigenschaft im

Jahr 1781 resultierten aus ebendiesen persönlichen Reiseerfahrungen, wie Platzer betonte.

Den Abschlussvortrag der Tagung hielt Fatma Serra Inan (München) zum Thema Hofzeremoniell bei Zusammenkünften zwischen Habsburgern und Osmanen im Donau-Grenzland im 16. und 17. Jahrhundert. Mit Fokus auf die Veränderungen im zeremoniellen Ritus analysierte sie Briefe, Itinerarien, Tagebücher und Berichte von Diplomaten aus den Jahren 1530 bis 1650. Während erste Schriftstücke aus dem frühen 16. Jahrhundert nur „reguläre“ Empfangsszenen schilderten, berichteten die späteren Textzeugnisse aus den Jahren 1616 und 1650 von umfänglichen Empfangszeremonien, dem Austausch von Geschenken und von aufwendigen Spektakeln, so ihre Analyse. Daraus leitete sie die These ab, dass eine Intensivierung der rituellen Handlungen mit einer Konsolidierung und Manifestierung der Grenze einherging.

Mit Abschluss des vierten Panels, kommentiert von Marion Dotter (München), endete die interdisziplinäre Tagung, welche in ihrer thematischen Vielfalt und politischen Aktualität eine bereichernde Erfahrung und lohnende Bühne für Nachwuchsforschende aus Deutschland und Tschechien darstellte.

München

Klara Fehst